



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz, Kerstin Celina, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Förderung der freien Kunst und Kultur in Bayern an die Bedarfe anpassen  
(Kap. 15 05 Tit. 686 83)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 15 05 wird der Ansatz im Tit. 686 83 (Zuweisungen an Sonstige) für das Jahr 2024 von 3.650,0 Tsd. Euro um 5.175,0 Tsd. Euro auf 8.825,0 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 15 05 wird der Ansatz im Tit. 686 83 (Zuweisungen an Sonstige) für das Jahr 2025 von 3.650,0 Tsd. Euro um 10.350,0 Tsd. Euro auf 14.000,0 Tsd. Euro erhöht.

### **Begründung:**

Bayern ist Kulturstaat. Die vielfältige bayerische Kunst- und Kulturlandschaft umfasst neben den staatlichen Institutionen auch eine lebendige freie Szene in Stadt und Land. Diese Szene wurde über Jahre hinweg strukturell vernachlässigt. Einen Aufwuchs beim Kulturfonds, einem wichtigen Finanzinstrument für die freie Szene, gab es seit der Umwandlung des Kulturfonds in einen Haushaltstitel wegen des Bayerische Landesbank/Hypo Alpe Adria Skandals noch nie, nicht mal im Rahmen der Inflationsrate. Projekte und Institutionen sind chronisch unterfinanziert. Trotz von den Ländern beschlossener Matrix für Honorar-Untergrenzen und Mindestgagen bei geförderten Projekten der freien Szene gibt Bayern weiterhin auch dann Geld aus, wenn die Menschen, die von diesem Geld leben müssen, Projekte nur durch Selbst- oder Fremdausbeutung umsetzen können. Freischaffende Künstlerinnen und Künstler, die oft lange und gut ausgebildet sind, leben so oftmals am Existenzminimum, wie auch die von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beauftragte Studie „Einkommensstudie Künstlerinnen und Künstler in Bayern 2022“ zeigt. Die Förderprogramme des Freistaats reichen in ihrer Gesamtheit somit für die realen Bedarfe der freien Szene nicht aus.

Um die Vielfalt Bayerischer Kultur zu erhalten, muss die freie Szene bayernweit bedarfsgerecht finanziert werden. Nur so können resiliente Strukturen aufgebaut werden, nur so können Künstlerinnen und Künstler von ihrer Arbeit langfristig leben und wichtige künstlerische Impulse entwickeln. Im Koalitionsvertrag der Regierungskoalition wurden neue Akzente der Kulturförderung versprochen, auch die Bedeutung der freien Szene und deren Stärkung wird hervorgehoben. Damit dies keine leeren Versprechen bleiben, müssen die von der Staatsregierung im Entwurf veranschlagten Mittel dringend aufgestockt werden.